

Sitzungsvorlage-Nr. KI/3269/XVI/2019

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.05.2019	öffentlich

Tagesordnungspunkt:**Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“, Integrationschancen für junge volljährige Geflüchtete****Sachverhalt:**

„Gemeinsam klappt's“ ist eine neue Initiative des Landes NRW, die für junge volljährige Geflüchtete in den nordrhein-westfälischen Kommunen konzipiert wurde. In dem auf drei Jahre angelegten Vorhaben wird integrationspolitisch erstmals die ganze Altersgruppe der jungen volljährigen 18 bis 27-jährigen Geflüchteten, unabhängig von der jeweiligen Bleibeperspektive, in den Blick genommen. Gemeinsam mit den Kommunen möchte das Land NRW jungen volljährigen Flüchtlingen, deren Chancen zur Teilhabe gering und deren Förderung oft schwierig ist, neue Integrationschancen eröffnen.

Mit der Landesinitiative sollen Personen aus der Zielgruppe, die keine Bildungs- oder Ausbildungschancen haben oder deren Bildungs- oder Ausbildungsabschluss gefährdet ist, verbindliche Integrationsangebote durch Maßnahmen der Schulen, der Weiterbildung, der beruflichen Bildung und Qualifizierung sowie der Jugendhilfe und ehrenamtlichen Begleitung erhalten, die darauf abzielen, die Fachoberschulreife bzw. einen Berufsabschluss zu erreichen. Zusätzliche Maßnahmen mit Landesförderung richten sich überwiegend an Personen, die nicht Anspruch auf Leistungen nach SGB II oder SGB XII haben.

Konkret sind die Kommunen aufgerufen, die Bedarfe junger volljähriger Flüchtlinge zu analysieren, sogenannte „Maßnahmen-Karrieren“ zu vermeiden, Angebotslücken zu schließen und die Qualität vorhandener Angebote zu überprüfen sowie eine kontinuierliche Beratung und Begleitung durch Ehrenamtliche sicherzustellen, die mit jungen Flüchtlingen arbeiten.

Die Kreisverwaltung unterstützt die Landesinitiative. Um eine rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zu erreichen und Doppelstrukturen zu vermeiden, sollen lokale Bündnisse gebildet werden, deren Mitglieder sich aus den Bereichen „Migration und Integration“, „Arbeit und Wirtschaft“, „Soziales“ und „Bildung“ zusammensetzen. Die Kreisverwaltung wird hier an die im Rhein-Kreis Neuss erfolgreiche Umsetzung und an vorhandene Strukturen aus dem Modellprojekt der Bertelsmann Stiftung „Angkommen in Deutschland“ anknüpfen.

Am 13.03.2019 wurde erfolgreich ein Starterworkshop durchgeführt, um die Initiative vorzustellen und die weiteren Arbeitsschritte im Programm „Gemeinsam klappt's“ zu planen:

Im Nachgang zum Starterworkshop haben alle acht kreisangehörigen Kommunen verbindlich und schriftlich ihr grundsätzliches Interesse an der Mitwirkung bei der Umsetzung der Landesinitiative bekundet. Zurzeit arbeitet das Land unter Hochdruck an der Ausarbeitung der Details und der Förderrichtlinien. Dem Rhein-Kreis Neuss wird vom Land eine Prozessbegleitung zur Seite gestellt, außerdem erfolgt eine wissenschaftliche Begleitung.

Im nächsten Schritt wird eine Bündniskerngruppe gebildet, die sich um die weitere Umsetzung des Projektes kümmert.

Aufgaben der Bündniskerngruppe sind:

- Festlegung von Prioritäten (ersten Arbeitsschritten) für die lokale Initiative
- Multiplikatorenfunktion innerhalb der Organisationen und Arbeitsfelder der einzelnen Bündnispartner
- Zusammenstellung von Wissen über die lokale Lebenssituation der Zielgruppe
- Koordinierung der Erhebung von Bedarfen der Zielgruppe
- Schaffung von Transparenz über bestehende Strukturen und Angebote
- Entwicklung von Verfahrensvereinbarungen für die Weiterentwicklung der lokalen Kooperation
- Planung von lokalen Angeboten

Die Einrichtung der lokalen Bündniskerngruppe soll, soweit möglich, an bestehende Netzwerke angeknüpft werden. Nach Bedarf können darüber hinaus Bündnisforen, in Form von Arbeitsgruppen oder punktuellen Veranstaltungen, geplant werden, in die weitere Akteure einbezogen werden.

Die Mitglieder der Bündniskerngruppe sollen aus den für die Verbesserung der Integrationschancen von jungen volljährigen Geflüchteten zuständigen Dienststellen der Kommunen sowie aus zivilgesellschaftlichen Organisationen kommen und setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern der genannten Bereiche zusammen. Sie sollen einerseits die Lebenswelt der jungen Geflüchteten kennen, andererseits ist gewünscht, dass sie möglichst entscheidungsbefugt sind.